

Antrag Nr. 17

der Fraktion sozialdemokratischer GewerkschafterInnen
an die 176. Vollversammlung der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien
am 11. November 2021

SCHULABMELDUNGEN: FAMILIEN UNTERSTÜTZEN UND KINDER SCHÜTZEN

In Österreich gilt keine Schul-, sondern lediglich eine Unterrichtspflicht. Kinder können also auch häuslichen Unterricht oder eine Privatschule ohne Öffentlichkeitsrecht (diese haben selbst nicht das Recht zur Vergabe von Schulzeugnissen) besuchen. Während Privatschulen gewissen Auflagen unterliegen, muss das Ansuchen zum häuslichen Unterricht der Bildungsdirektion lediglich vor Beginn des jeweiligen Schuljahrs angezeigt werden. Am Ende des Schuljahrs ist eine Externistenprüfung über den Unterrichtsstoff des jeweiligen Schuljahres zu absolvieren. Wenn diese Prüfung nicht bestanden wird, muss das Kind die Schulstufe in einer Schule wiederholen.

Im Schuljahr 2020/2021 waren rund 2.600 Schüler:innen zum häuslichen Unterricht abgemeldet, im heurigen Schuljahr sind es 7.515 Kinder. Das sind rund dreimal so viele vgl. zu den Vorjahren (vor COVID rd 2.400). Die meisten Abmeldungen gab es in den Volksschulen mit insgesamt 4.933 Anmeldungen zum häuslichen Unterricht. In der fünften bis achten Schulstufe sind es 2.412, auf die neunte Schulstufe entfallen 170 Abmeldungen. Das Bildungsministerium will daher künftig die Regeln für häuslichen Unterricht verschärfen. So soll den Eltern in Aufklärungsgesprächen die Konsequenzen der Abmeldung nahegebracht werden und bereits nach dem ersten Semester der Lernstand der Kinder erhoben werden.

Die Motive der Eltern, die zu dem deutlichen Anstieg an Schulabmeldungen führen, sind bisher nicht bekannt und werden nicht abgefragt. Eine Elternbefragung der Arbeiterkammer (Schulkostenstudie 2020/21) zeigt, dass Eltern während des COVID-Schuljahres besonders belastet und verunsichert waren. Für die Akzeptanz und die Bewältigung der COVID-Maßnahmen wäre die Verlässlichkeit und Planbarkeit für Schulen wie Familien entscheidend gewesen. Die Maßnahmen hätten abhängig von dem Pandemiegeschehen in Szenarien geplant und anhand transparenter Kriterien getroffen und umgesetzt werden müssen. Dies ist nicht geschehen. Die zusätzliche Belastung durch kurzfristige Planung und Kommunikation spiegeln sich in der hohen Unzufriedenheit der Eltern mit der Politik. Sieben von zehn Eltern fühlten sich von der Politik im Stich gelassen, zeigt eine Elternbefragung der Arbeiterkammer im März 2021 (Schulkostenstudie 2021).

Forderungen:

Die Vollversammlung der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien fordert:

Kinder im Heimunterricht schützen: Um Kinder, die von ihren Eltern von der Schule abgemeldet wurden, nicht aus den Augen zu verlieren, soll zukünftig bei der Anmeldung zum Heimunterricht die Motive für die Schulabmeldung erhoben werden und das pädagogische Konzept sowie die Ziele für den Heimunterricht erörtert werden.

Kinderrechte ernst nehmen: Kinder haben ein Recht auf soziale und gesellschaftliche Teilhabe, dieses Recht gilt es während aber auch nach der Pandemie beim häuslichen Unterricht sicherzustellen.

Lernfortschritt sicherstellen: Eltern, die ihre Kinder vom Schulunterricht abmelden, müssen ein schlüssiges pädagogisches Konzept vorlegen, wie sie das Unterrichtsjahr mit ihren Kindern gestalten wollen. Unterjährige Lernfortschrittsüberprüfungen durch Lehrpersonal müssen zumindest zwei Mal jährlich stattfinden. Bei lückenhaften Fortschritt können diese Überprüfungen mehrmals unterjährig eingefordert werden bzw. auch den Wiedereintritt in die Schule bewirken.

Treffsicher unterstützen: Abhängig von den Ausgangslagen der Familien braucht es zielgerichtete Maßnahmen, die sicherstellen, dass jedes Kind zu jedem Zeitpunkt lernen und soziale Kontakte zu anderen Kindern erleben kann. Besonderes Augenmerk gilt es dabei auf Familien zu richten, deren demokratiefeindliche Überzeugungen der Antrieb für die Schulabmeldung war. Wiederum ganz anders müssen Schulabmeldungen gesehen werden, wenn Eltern aufgrund von fehlender Schulreife sowie aus gesundheitlichen Gründen ihr Kind lieber ein Jahr später einschulen wollen.

Sozialarbeit: Abhängig von der Situation der Familien und den Motiven für die Schulabmeldung sollen die Familien mit aufsuchender Sozialarbeit intensiv unterstützt werden.

Angenommen

Zuweisung

Ablehnung

Einstimmig

Mehrheitlich



Sozialdemokratische
Gewerkschafterinnen
in der AK Wien